

SoVD-Landesverbandsratsmitglied verstorben

## Trauer um Reiner Knoll



hat Reiner Knoll viele Aktionen initiiert – wie etwa die Sammlung und kostenlose Verteilung von Schulranzen an Familien mit geringem Einkommen. Ihm ist es zu verdanken, dass der SoVD in Braunschweig Träger von zwei Begegnungsstätten und einem Nachbarschaftszentrum ist. Seit 2023 war er im Landesverbandsrat tätig und hatte mit seinem Wirken maßgeblichen Anteil an der Weiterentwicklung des Ehrenamts im SoVD in Niedersachsen. Voller Enthusiasmus und Tatkraft hat er sich für die Weiterentwicklung und Zukunftsausrichtung des SoVD starkgemacht. Reiner Knoll hat sich mit seiner langjährigen ehrenamtlichen Arbeit für unsere soziale Gemeinschaft große Anerkennung und beispielhaften Respekt erarbeitet.

Der SoVD-Landesverband Niedersachsen spricht den Angehörigen sein tiefes Mitgefühl aus. Er wird dem Verstorbenen ein dankendes und ehrendes Andenken bewahren.

Die Landeskonferenz, der Landesverbandsrat, der Vorstand, die Mitarbeitenden und Mitglieder des SoVD-Landesverbands Niedersachsen trauern um Reiner Knoll, Mitglied des Landesverbandsrats und 1. Vorsitzender des Kreisverbands Braunschweig.

Er verstarb unerwartet am 17. März 2025 im Alter von 69 Jahren. Reiner Knoll gehörte seit 2010 dem Ortsverband Braunschweig-Mitte an. Dort bekleidete er lange Jahre die Funktionen des Beisitzers und des 1. Vorsitzenden. Darüber hinaus führte er seit 2017 den Kreisverband Braunschweig als 1. Vorsitzender. In dieser Zeit

Patientenakte: Nicht jede\*r kann Krankenkassen-App eigenständig bedienen

## Ältere nicht abhängen

**Die Pilotphase zur elektronischen Patientenakte (ePA) für alle hat bereits Anfang des Jahres beispielsweise in Hamburg und Nordrhein-Westfalen begonnen – bald soll sie auch nach Niedersachsen kommen. Für die Verwaltung der eigenen Daten wird allerdings ein Smartphone oder Computer benötigt. Warum das besonders für Ältere problematisch werden kann, erklärt der SoVD.**

Mit der ePA soll Ärzt\*innen, Apotheker\*innen und Pflegekräften der Zugang zu Informationen wie zum Beispiel Diagnosen, Befunden oder Medikamenten erleichtert werden, damit Patient\*innen individueller behandelt und Therapien besser aufeinander abgestimmt werden können. Über die App der jeweiligen Krankenkasse können Versicherte ihre Daten selbstständig verwalten. „Das ist vor allem für ältere Menschen, die kein Smartphone oder Computer besitzen, ein Problem“, bemängelt Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen. Um beispielsweise Zugriffsrechte verwalten oder Dokumente einpflegen zu können, sind Betroffene dann auf die Unterstützung etwa von Familienmitgliedern angewiesen. „Sie dürfen durch die elektronische Patientenakte nicht derart abgehängt werden und müssen deshalb auch zukünftig weiterhin die Möglichkeit haben, ihre Gesundheitsdaten analog zu übermitteln“,

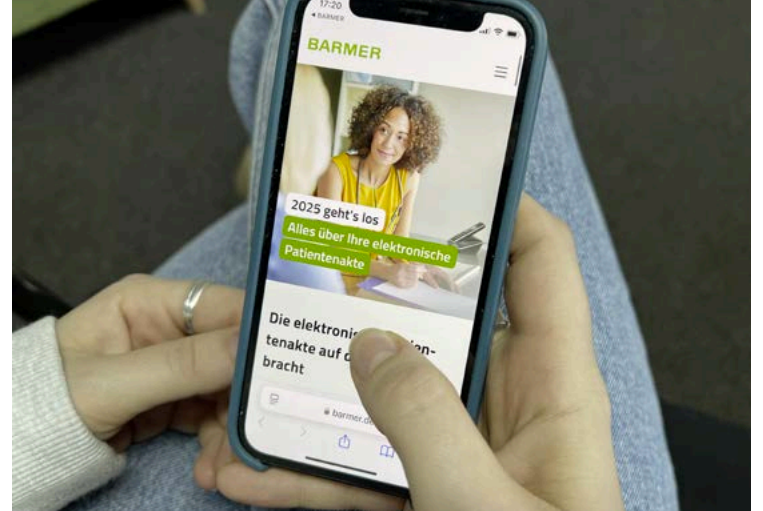


Foto: Stefanie Jäkel

**Die elektronische Patientenakte kann über das Handy gesteuert werden. Viele Nutzer\*innen brauchen dabei Unterstützung.**

gibt Lorenz zu bedenken. Eine weitere Hürde, mit der Ältere aber auch Menschen mit Behinderung konfrontiert werden, ist die fehlende Barrierefreiheit. „Diese wurde leider nicht von Anfang an mitgedacht, was dazu führt, dass Personengruppen bei der Nutzung zusätzlich ausgegrenzt werden. Hier muss drin-

gend nachgebessert werden“, so Lorenz. Für Fragen zu weiteren Gesundheitsthemen und bei Antragstellungen stehen die Berater\*innen des SoVD in ganz Niedersachsen gerne zur Verfügung. Beratungstermine können über das Mitglieder-Service-telefon unter 0511 65610722 vereinbart werden.

SoVD-Mitglied sucht mit Vermieterin nach Lösung / Erst ein Hausbesuch überzeugt die Sachbearbeiterin

## Jobcenter unterstellt falsche Angaben

**Viele Jahre lebt Hannelore Mautz mit ihrer Partnerin in einer gemeinsamen Wohnung in Bad Fallingbostal. Nach der Trennung muss die 63-Jährige Bürgergeld beantragen. Seitdem hat sie ständig Ärger mit dem Jobcenter. Denn: Die dortige Sachbearbeiterin unterstellt ihr, dass sie bewusst falsche Angaben zu ihrer Wohnsituation gemacht hat.**

Im August 2023 trennen sich Hannelore Mautz und ihre Partnerin nach einer langjährigen Beziehung. Mautz bleibt in der Wohnung. Als Köchin verdient sie monatlich 1.174 Euro brutto. „Seit ich alleine wohne, ist es mit dem Geld schwierig geworden“, erzählt sie. Deshalb stellt sie einen Antrag auf aufstockende Leistungen aus dem Bürgergeld. Diese werden ihr zwar gewährt, allerdings legt ihr das Jobcenter in den kommenden Monaten immer wieder Steine in den Weg. Nach den Vorgaben des Amtes ist die Wohnung von Hannelore Mautz mit 400 Euro Warmmiete zu teuer.

Die 63-Jährige spricht daraufhin mit ihrer Vermieterin, gemeinsam finden sie eine Lösung. „Meine Vermieterin ist Steuerberaterin und hat unten im Haus ihre Kanzlei. Um die Miete zu senken, überlasse ich ihr einen Teil der Wohnung, nämlich ein Zimmer und das Gäste-WC. Ab und zu nutzt sie das Zimmer als weiteren Büroraum und muss meine Räume dafür auch über-



Foto: Stefanie Jäkel

**Mit ihrer Vermieterin einigt sich Hannelore Mautz auf eine 20 Euro günstigere Miete im Monat. Obwohl sie damit unter der Vorgabe des Jobcenters liegt, macht die Behörde weiter Schwierigkeiten.**

haupt nicht betreten“, berichtet Mautz. Dadurch muss sie weniger Miete zahlen, insgesamt sind es jetzt 380 Euro inklusive Nebenkosten für knapp 50 Quadratmeter. Da das Jobcenter einen Betrag von 381,70 Euro vorgibt, liegt die Miete nun im Rahmen.

Dennoch gibt sich das Amt

nicht zufrieden, fordert immer neue Unterlagen. „Frau Mautz ist immer ihrer Mitwirkungspflicht nachgekommen und hat alle Belege vorgelegt. Trotzdem ist die Sachbearbeiterin der Meinung, dass die Büronutzung nur vorgetäuscht ist und die Ex-Partnerin von Frau Mautz noch immer in

der Wohnung lebt“, sagt Carola Rauch aus dem SoVD-Beratungszentrum in Bad Fallingbostal. Die Juristin unterstützt das SoVD-Mitglied in der Kommunikation mit dem Jobcenter. Die Folge der Unterstellung des Jobcenters: Das Amt stellt die Zahlung des Bürgergelds zwei Monate lang ein. „Ich habe dann meine Sachbearbeiterin angerufen, weil ich nur noch 30 Euro auf dem Konto hatte. Dabei kam erneut zur Sprache, dass meine Angaben nicht stimmen könnten“, berichtet Mautz und sagt weiter: „Ich war wirklich ganz aufgewühlt. Ich finde es schon schlimm genug, dass ich Bürgergeld beantragen muss, obwohl ich einen Job habe. Irgendwann hat es mir gereicht und ich habe der Mitarbeiterin gesagt, dass sie sich meine Wohnung gerne angucken könne.“

Und tatsächlich: Keine zehn Minuten später steht sie mit ihrem Kollegen vor der Tür von Hannelore Mautz. „Offensichtlich hat sie festgestellt, dass

meine Angaben korrekt waren. Ein paar Tage später hatte ich nämlich das Geld auf dem Konto“, so Mautz.

Die SoVD-Beraterin ist irritiert von dem Vorgehen des Jobcenters: „Prinzipiell darf das Jobcenter Hausbesuche machen, allerdings ist das die Ausnahme. Die Miete von Frau Mautz liegt durchaus im Rahmen. Dass das Jobcenter hier Dinge unterstellt, ist für mich nicht nachvollziehbar. Zumal die Alternative ein Umzug gewesen wäre.“ Daran mag das SoVD-Mitglied gar nicht denken: „Ich weiß nicht, wo ich in der derzeitigen Situation eine bezahlbare Wohnung hätte finden sollen. Außerdem kostet ein Umzug auch nochmal Geld.“

Auch Rauch sieht das kritisch. „Die Maßstäbe des Jobcenters hinsichtlich der Miete sind mittlerweile völlig realitätsfern. So günstige Mieten gibt es auf dem Wohnungsmarkt überhaupt nicht mehr. Da muss dringend nachgebessert werden“, fordert sie.